



**Newsletter von Diana Golze  
zu  
bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen**



Liebe Leserinnen und Leser,

DIE LINKE und die Bürgerinnen und Bürger im Land haben es geschafft, dass die gesellschaftlichen und sozialen Debatten in den parlamentarischen Auseinandersetzungen und den Entscheidungen ihren Widerhall finden. Wir haben durch unsere Initiativen für ein Sozialticket und der Kritik an der erneuten Diätenerhöhung für Bundestagsabgeordnete Themen besetzt, Druck auf die Regierenden aufgebaut und so Politik verändert. Dadurch haben wir Vertrauen gewonnen, und wir werden auch weiterhin deutlich machen: Protest und politisches Engagement lohnen sich. Bessere Vorschläge sind gefragt und Alternativen bleiben machbar!

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Diana Golze

### **Bundesregierung verschärft Kinderarmut**

Die gestiegene Kinderarmut in Deutschland ist ein familienpolitisches Armutszeugnis für Ursula von der Leyen und für die Große Koalition

Die Zahlen des Prognos-Berichts, einer Studie über Kinderarmut, wonach jedes sechste Kind von Armut bedroht ist, widerlegen die Aussagen von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD), wonach „nur“ jedes achte Kind armutsgefährdet ist. Doch die Familienministerin Frau von der Leyen kommt nicht einmal auf die Idee, für die auch während ihrer Amtszeit gestiegene Kinderarmut Verantwortung zu übernehmen. Es kommt ihr nicht in den Sinn, dass die 40 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden, die in Armut leben müssen, etwas mit der Regierungspolitik zu tun haben. Sie verweist einfach auf Kindergeld, Kinderbetreuung und Kinderzuschlag. Frau von der Leyen vergisst dabei zu erwähnen, dass das Kindergeld seit 2002 nicht mehr erhöht wurde und die von ihr gewünschte Erhöhung nach Anzahl der Kinder die Familien gegeneinander ausspielen würde. Den schleppenden Ausbau der Kinderbetreuung nutzt sie zur Privatisierung der Jugendhilfe, mit der Folge, dass die Qualität der Betreuung künftig von der sozialen Herkunft abhängt, zumal Kinder von Erwerbslosen ausgegrenzt werden, da der Rechtsanspruch an die Erwerbstätigkeit der Eltern gebunden ist.

Und beim Kinderzuschlag werden Kinder von Alleinerziehenden deutlich schlechter gestellt und weiterhin systematisch ausgegrenzt. Nachdem die Bundesregierung über zwei Jahre gebraucht hat, um den Kinderzuschlag endlich zu reformieren, bekam ihr Gesetzentwurf in der Fachanhörung des Familienausschusses vernichtende Beurteilungen von allen geladenen Fachexperten, weil beim Kinderzuschlag auch weiterhin Wirksamkeit zur Kinderarmutsbekämpfung in keinem Verhältnis zu Verwaltungsaufwand und Verwaltungskosten stehen.

**Zusammengefasst** bleibt als Resultat: Die Regierung verhöhnt arme Familien, sie verschärft die Kinderarmut und fühlt sich dann auch noch in ihrer Arbeit bestätigt.

### **Kinderrechte ins Grundgesetz?**

Mich interessiert Ihre Meinung dazu. Schicken Sie mir diese bitte an [diana.golze.lt02@bundestag.de](mailto:diana.golze.lt02@bundestag.de)

Die Orientierung an einer gerechten Gesellschaft bleibt bei der SPD dran, so wie bei mir der Bart dran bleibt.“ Kurt Beck, SPD-Chef - Zwei Wochen später: Auf einer Mainzer DGB-Kundgebung hat Kurt Beck in Aussicht gestellt, sich von seinem Bart zu trennen. "Für eine Million Euro, für einen guten Zweck", soll er dem Moderator der Veranstaltung laut *Bild* versichert haben.

**Wenn sich nun eines Tages ein Käufer für den Bart von Kurt Beck findet –  
was würde dies dann für die SPD bedeuten?**

### **Neues von der Kita-Kampagne**

Pünktlich zum Parteitag gab es neue Kita-Materialien. Unserer Forderung nach beitragsfreien Kita-Plätzen für alle verleihen wir Ausdruck mit dem Lied "Tschüß, Mama". Das von einem Kinderensemble gesungene Lied wurde auf dem Parteitag uraufgeführt und kann nun auf der Internetseite der Linksfraktion ([www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)) angehört und heruntergeladen werden. Alle wichtigen Hintergrundinformationen zu unserer Kampagne bietet eine neue Broschüre, die ebenfalls auf den Seiten der Fraktion heruntergeladen werden kann, im Online-Shop bestellbar und bei den Landesverbänden erhältlich ist. Selbiges gilt auch für die Plakate zur Kampagne.



## Rentenüberleitung-Ost: Politik muss sich ein Herz fassen

Viele Ältere in den ostdeutschen Ländern haben Ende April mit Spannung auf den Bundestag geblickt. Sie warten darauf, dass endlich eine soziale und gerechte Lösung ihrer Probleme erfolgt, die aus der Überführung der Altersversorgung der DDR in das bundesrepublikanische Recht herrühren. Dieser Vorgang Anfang der 1990er Jahre verlief für fast vier Millionen Rentner und sieben Millionen künftiger Rentner relativ reibungslos, doch es waren auch zahlreiche Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen damit verbunden.

Betroffen sind nicht nur, wie immer wieder behauptet, sogenannte staatsnahe Personengruppen. Auch geschiedene Frauen, Beschäftigte des Gesundheitswesens, Angehörige von Reichsbahn und Post, Bergleute der Braunkohleveredlung oder Balletttänzerinnen und -tänzer haben darunter zu leiden, dass DDR-typische Regelungen einfach wegfielen. Die gesamte wissenschaftliche, technische und künstlerische Intelligenz wurde um ihre Versorgung gebracht. So erhalten diese hochqualifizierten Menschen nur zwischen 30 und 50 Prozent der Altersbezüge ihrer Berufskolleginnen und -kollegen aus den westdeutschen Ländern. Fast 18 Jahre nach Herstellung der Einheit muss die Politik sich endlich ein Herz fassen und Gerechtigkeit herstellen.

Die Debatte zu unseren Anträgen war zwar mit starken Anwürfen gegen – vermeintliche – Privilegien aus DDR-Zeiten verbunden. Doch zugleich konnte man registrieren, dass die anderen Fraktionen Diskussionsbereitschaft zumindest bei einigen Gruppen erkennen ließen. Zu erwähnen ist, dass sich die CDU Thüringen im Bundesrat für eine Regelung zugunsten verschiedener Problemgruppen stark machen will. Zudem steht noch die Ankündigung der Kanzlerin im Raum, sich mit verbliebenen Vereinigungsproblemen zu befassen.

## Die Volksinitiative war erfolgreich: Das Sozialticket wird es ab 1.9.2008 geben

Der Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) hat am 22. Mai beschlossen, ab 1. September 2008 ein Sozialticket in Brandenburg einzuführen. Nun muss die Landesregierung dafür sorgen, dass alle weiteren Vorbereitungen reibungslos laufen, damit die Anspruchsberechtigten (ca. 285.000) ab 1. September die öffentlichen Verkehrsmittel im Land tatsächlich zum halben Preis nutzen können.

Die Fraktion DIE LINKE hat die Idee eines Sozialtickets für Brandenburg gemeinsam mit den Gewerkschaften entwickelt und auf den Weg gebracht. Nie zuvor wurden eine Volksinitiative und das nachfolgende Volksbegehren von so vielen Organisationen, wie Arbeitslosenverband, Volkssolidarität, Wohlfahrtsverband u.a. unterstützt. In einer Umfrage hatten sich 76 % der Brandenburgerinnen und Brandenburger für ein Sozialticket ausgesprochen. Damit wuchs der Druck auf die Landesregierung, seine Einführung, trotz vorheriger Ablehnung durch die Regierungskoalition im Landtag, vorzubereiten. Die Initiatoren der Volksinitiative haben beschlossen, das Volksbegehren zu beenden, aber dennoch am Ball zu bleiben, bis das Sozialticket wirklich zu kaufen ist.



Anita Tack, verkehrspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE



## Erster Schwerpunkt in der Kinderkommission

Am 07. Mai habe ich den Vorsitz der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder übernommen. Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe. Darum ist mein erster Schwerpunkt die Stärkung der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen. Das bedeutet die Diskussion u.a. über die Absenkung des Wahlalters und die Verankerung von Kinder- und Jugendparlamenten in Städten und Kreisen. Ich möchte Demokratie für Kinder und Jugendliche erfahrbar, erlebbar und attraktiv machen. Sie müssen spüren, dass sie etwas ändern können. Nicht nur mitreden, sondern auch mitentscheiden steht für mich im Mittelpunkt. Um mir einen Überblick über die gegenwärtige Situation der Rechte der Kinder und Jugendlichen in meinem Wahlkreis zu machen, plane ich im Juni eine Diskussionsrunde mit den Jugendparlamenten der Region.

Zu den gegenwärtigen **Diskussionen um Schulschließungen** meinen Astrit Rabinowitsch, Vorsitzende des Sozialausschusses in Potsdam-Mittelmark, und Diana Golze: „Der Bildungsminister Rupperecht sollte seine Prinzipienreiterei bei Mindestschülerzahlen aufgeben. Die neue Ausnahmeregelung, die bei Oberschulen und Gesamtschulen ab dem Schuljahr 2008/2009 gilt, sollte auch bei den Gymnasien, bei den dieselben Standortbedingungen (ländlicher Raum und sinkende Schülerzahlen durch Abwanderung) gelten, Realität werden. Angesichts des Schülerrückganges ist es notwendig, kleinere Klassen einzurichten und die Grundversorgung zu garantieren. Wir brauchen ein flexibleres Schulgesetz, welches die Bedingungen im Speckgürtel und im äußeren Verflechtungsraum entsprechend berücksichtigt. Wir fordern, die sinkende Zahl der Schüler nicht für Schulschließungen, sondern für kleinere Klassenstärken und damit für eine bessere Qualität des Schulunterrichts zu nutzen. Die Gesetze müssen dem realen Leben angepasst werden und nicht umgekehrt!“

## Parteitag beschließt Antrag zur Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

Es brodelte – lange bevor der familienpolitische Antrag auf dem Bundesparteitag der LINKEN am 25. Mai in Cottbus behandelt wurde, war eine aufgeladene Stimmung zu spüren. Grund: Die Äußerungen von Christa Müller, der familienpolitischen Sprecherin der LINKEN.Saar. So stellte sie ihr familienpolitisches Konzept in Interviews und Talkshows als das der Bundespartei vor. Darin wird vor allem ein Erziehungsgehalt für das erziehende Elternteil bis zum 18. Lebensjahr des Kindes gefordert und die Betreuung der Kinder in Kindertagesstätten als „Fremdbetreuung“ und äußerst schädlich für die Kinder bezeichnet.

Immer wieder sorgten Christa Müllers Äußerungen für Unmut, besonders bei GenossInnen, die sich mit der frühkindlichen Betreuung oder mit Gleichstellungspolitik befassen. Doch es war nicht nur Unmut, denn sowohl in den Programmatischen Eckpunkten als auch in der täglichen parlamentarischen Arbeit ist das Ziel und die Ausrichtung der Politik klar: Frühkindliche Bildung ist wichtig für Kinder und die Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen. Um diese Position sowohl in aktuelle Debatten als auch in die Programmatik der Partei DIE LINKE einfließen zu lassen, wurde von den kinder- und jugendpolitischen SprecherInnen des Bundes und der Landtage ein Antrag erarbeitet, der auf dem Bundesparteitag eingebracht wurde. Die Differenzen zum saarländischen Erziehungsgehalt führten dazu, dass fünf weitere Anträge Thema bildeten. Der Bitte, diese inhaltlich ähnlichen Anträge zusammenzuführen, sind alle AntragstellerInnen gefolgt. Am Ende wurde ein Antrag erarbeitet, mit dem sich alle AntragsstellerInnen einverstanden erklärten. Bereits bei der Einbringung war zu spüren, dass mit dieser Debatte viele Emotionen verbunden sind und dass diese sich auf diesem Parteitag auch entladen. Denn entgegen den Medienberichten, die diese Debatte zu einem Ost-West-Konflikt gemacht haben, hatten den Antrag weit über 200 UnterstützerInnen aus allen Landesverbänden mitgetragen.

Dieser Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen. Damit ist ein erster wichtiger Schritt für die programmatische Ausrichtung der Partei DIE LINKE gemacht worden. Es wurde die Grundlage dafür geschaffen, dass Kinder- und Jugendpolitik nicht nur ein Anhängsel der Familienpolitik ist, sondern die Interessen einer eigenständigen Bevölkerungsgruppe widerspiegelt. Die Intention, deutlich zu machen, dass es nicht um die Wahl zwischen einem Betreuen durch die Eltern oder durch eine Kita geht, sondern darum, dass Kinder beides brauchen, muss sich nun durch unsere politische Arbeit ziehen. Wichtig ist, dass deutlich wurde, dass es der LINKEN mit dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nicht um einen „Ersatz“ von Erziehung durch Eltern oder der Eltern-Kind-Bindung geht, sondern um ein Bildungsangebot und die Möglichkeit für alle Kinder, gemeinsam mit gleichaltrigen Kindern zu lernen und zu spielen.

### Scheinkandidaten als Stimmenfänger?

Einige Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister wollen sich bei der bevorstehenden Kommunalwahl im Land Brandenburg um Mandate in der Vertretung bewerben, der sie ohnehin schon kraft ihres Amtes angehören. Es handelt sich um klassische Scheinkandidaturen. Offensichtlich ist die Personaldecke dieser Parteien so dünn, dass sie ihren eigenen kommunalen Kandidaten ohne Unterstützung des Hauptverwaltungsbeamten nicht zutrauen, in den Kreistag oder die Stadtverordnetenversammlung gewählt zu werden. Diese Vorgehensweise empfinde ich als Wählertäuschung. Wer als Scheinkandidat antritt und von vornherein weiß, ein Mandat gar nicht annehmen zu können, irritiert den Wähler vorsätzlich. Dadurch wird Politikverdrossenheit und Zweifel an der Demokratie befördert. Ich hoffe, dass die Bürger sich zu den Scheinkandidaten ihre eigene Meinung bilden und ihre Antwort per Stimmzettel am 28. September geben.

**Leitbild Kommunal** - Unsre Heimat, die Städte und Dörfer Brandenburgs - Für leistungsstarke, solidarische und zukunftsfähige Kommunen

### Aus dem Vorwort

Kommunalpolitik hat ihre Eigenheiten; sie ist reizvoll, aber auch nicht ohne Tücken. Oft verblasst die Unterschiedlichkeit der Parteien und Bewegungen auf der lokalen Ebene. Die Dringlichkeiten örtlicher Politik werden jenseits ideologischer Konfliktlinien erledigt und führen dabei manchmal zu politisch paradoxen Koalitionen. Kommunalpolitik ist anders, kann man dann zur Erklärung hören. Ja, sie unterscheidet sich von der Politik auf Landes- oder Bundesebene. Kommunalpolitik ist unmittelbarer, sie ist direkter. Die Verantwortlichkeiten sind klarer erkennbar und auch fassbar, unmittelbarer ist die Nähe des Bürgers zur Politik und zu seinen Politikern. Und gerade in dieser Nähe „vor Ort“ liegen Herausforderung und Chance für die linke Kommunalpolitik in Brandenburg.

**Mehr über mich und meine Arbeit finden Sie unter [www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de). Schauen Sie mal rein!**

### Impressum

**Diana Golze** (MdB)

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Fon: 030 – 227 72 329

Fax: 030 – 227 76 329

E-Mail: [diana.golze@bundestag.de](mailto:diana.golze@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2

14 712 Rathenow

Fon : 0 33 85 / 49 45 21

Fax : 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros finden Sie unter

<http://www.diana-golze.de/kontakt/>

### +++ einige Termine im Juni +++

**12.6.**

Buchlesung „Jüdisches Brandenburg“ Kulturzentrum Rathenow,

Beginn: 18:00 Uhr

**13./15.**

Fest der Linken in der Kulturbrauerei in Berlin-Prenzlberg

**19.6.**

Besuchergruppe aus Elstal und Jüterbog im Bundestag

**21.6.**

Universität Potsdam, August Bebel-Str. 89, Hochschulpolitische Konferenz der Fraktion

DIE LINKE im Landtag Brandenburg und der RLS, Beginn: 11:00 Uhr

**25.-26.**

BPA-Besucherfahrt nach Berlin

### +++ Spruch des Monats +++

Kinder sind 20 Prozent der Gesellschaft, aber 100 Prozent der Zukunft.

Gordon Brown, Britischer Premierminister